

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: Pulsnitzer Zeitungsgesellschaft, Pulsnitz, Postfach 18. Tel.-Nr.: 18. Tagesblatt Pulsnitz
Wirtschafts-Konto Dresden 21 88. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM frei bleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenbreite (Masse's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Retelame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei zwanngsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großpörsdorf, Bretzig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Ehiemenhof, Mittelbach, Großnaundorf, Vichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. B. Mohr) Schriftleiter: J. B. Otto Dorn in Pulsnitz

Nummer 163

Freitag, den 16. Juli 1926

78. Jahrgang

Das Wichtigste

Reichskanzler Marx ist heute von seiner Reise in die breiten Gebiete des Rheinlandes nach Berlin zurückgekehrt und hat die Amtsgeschäfte wieder übernommen. Eine Kabinettsitzung wird voraussichtlich diese Woche nicht stattfinden, so daß sich die Reichsregierung erst Anfang nächster Woche mit der letzten Note der Kontrollkommission befassen wird. Amtlich wird mitgeteilt: Der frühere bayerische Ministerpräsident Dr. Hugo Graf von Lerchensfeld ist zum Gesandten des Reiches in Wien ernannt worden.
Der englische König hat gestern abend die Ernennung des bisherigen Botschafters in Konstantinopel Sir Ronald Lindsay zum Botschafter in Berlin unterzeichnet. Zum Nachfolger Sir Lindsays in Konstantinopel wurde der bisherige Gesandte in Prag Sir George Clerk ernannt.
Der französische Franc erreichte gestern an der Londoner Börse trotz dem von der englischen Presse des für Frankreich günstig bezeichneten Schuldenabkommens mit 197,5 einen neuen Rekordtiefstand.
Ueber die in Deutschland beschäftigten ausländischen Arbeiter teilt die Pressestelle des Reichsarbeitsministeriums mit, daß die Zahl dieser Arbeiter die Höhe von 278 600 nicht übersteigt. Ferner wird mitgeteilt, daß Reich und Länder bestrebt sind, eine wesentliche Senkung dieser Zahl herbeizuführen.
Die Interalliierte Militärkommission hat vorgestern offiziell ihre Kontrolltätigkeit wieder aufgenommen. Mitglieder der Kommission sind nach Ostpreußen gefahren, wie es heißt, zu Kontrollmaßnahmen im Grenzgebiet.

Reichsbetriebe und Arbeitslosenproblem.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ist bekanntlich dasjenige Unternehmen, das mit seinen Aufträgen weitest am stärksten in unser Wirtschaftsleben eingreift. Die zunehmende und immer mehr wachsende Arbeitslosigkeit in Deutschland ist in hohem Maße darauf zurückzuführen, daß die Reichsbahn nicht mehr frei, sondern durch das Dawesabkommen schwer belastet ist. Im allgemeinen kann man sagen, daß man bei der Reichsbahn mit einem Betrage von 1,5 Milliarden rechnet, der normalerweise als Jahresauftrag an Industrie, Handel und Handwerk gegeben wird. Die Deutsche Reichsbahn hatte diesen Betrag auch für das Jahr 1926 eingeseht. Es zeigte sich aber bereits gegen Ende des Jahres 1925 ein erheblicher Verkehrsrückgang, der nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß die Bahn, um die Lasten aus dem Dawesabkommen abtragen zu können, sich genötigt sah, Frachten usw. in starkem Maße zu erhöhen. Es ergibt sich von selbst, daß die Industrie und unsere Exportfähigkeit erdrückt wird.
Um den Ausfall zu decken und um die Reichsbahn überhaupt in die Möglichkeit zu setzen, ihrerseits größere Aufträge zu erteilen, entschloß sich das Reich Mitte Februar, der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft einen Kredit von 100 Millionen Reichsmark zur Verfügung zu stellen. Es wurde bei der Hergabe dieses Kredites die Hoffnung ausgesprochen, die Reichsbahn werde ihr Arbeitsprogramm entsprechend erhöhen, wenn die Mindereinnahmen nach der Anhebung der Wirtschaft durch erhöhte Mehreinnahmen ausgeglichen würden. Es hat nicht den Anschein, als ob sich die Hoffnungen der Reichsbahn-Gesellschaft, den Ausfall bei Jahresbeginn hereinzubringen, erfüllen würden (die Einbuße der Reichsbahn betrug im Jahre 1926 gegenüber dem Jahre 1925 12,3 Prozent, eine ungeheure Summe bei den Millionenbeträgen, mit denen die Reichsbahn rechnet). Neuerdings soll wiederum zur Fertigstellung von unvollendeten und stillliegenden Neubautrecken der Reichsbahn-Gesellschaft vom Reich ein Darlehen von rund 50 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden.
Das Programm, das die Reichsbahn-Gesellschaft für das Jahr 1926 aufgestellt hat, und das sie nach Möglichkeit erfüllen möchte, wird in Darlegungen des Reichsverkehrsministeriums wiedergegeben, die in einem Bericht des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages veröffentlicht worden sind. Die Reichsbahn hat für die Beschaffung der Betriebsstoffe und der Ausrüstungsgegenstände 400 Mi-

Wirtschaftsbelebung und Arbeitslosenfrage

Der Reichskanzler über Aufwertung und französische Befragung
Caillaux' Kampf gegen den Parlamentarismus

Innerpolitische Aufgaben.

Rede des preussischen Finanzministers in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M. Der preussische Finanzminister Dr. Höpker-Ushoff sprach in der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaften vor geladenem Publikum über „Wirtschaft und Finanzen“.

Der Minister stellte die Frage, inwieweit der Staat Kreditgeber der Wirtschaft sein könne. In den letzten drei Jahren habe der Staat notgedrungen der Industrie, in Werften, in ober-schlesischen Werken usw. mit Krediten beizuspringen müssen. Vielfach seien aber Kreditaktionen vorgenommen worden, wie z. B. diejenigen zugunsten des Mittelstandes und der Landwirtschaft, die nie hätten vorgenommen werden dürfen, da sie in ihren Auswirkungen die Begehrlichkeit steigerten und die Unzufriedenheit noch größer werden ließen. Der Minister schloß unter allen Umständen ab, nochmals Kreditaktionen, wie die genannten, zu übernehmen.

Der Staat sei nicht dazu da, den Bankier der Wirtschaft zu spielen.

Pflicht des Staates sei es jedoch, darauf hinzuwirken, daß die Zinssätze sich in mäßigen Grenzen bewegen.

Der Minister besprach dann die Frage, inwieweit der Staat als Auftraggeber die Wirtschaft befruchten und ihr über die furchtbare Krise hinweghelfen könne. Preußen habe in dieser Hinsicht bereits sehr viel getan. Die größte Aktion, die der preussische Staat unternommen habe, sei die Förderung der Bautätigkeit.

Aus Mitteln der Hauszinssteuer, die zwar von manchen als scharf empfunden werde, deren Wichtigkeit aber niemand leugnen könne, sei im vergangenen Jahre eine Summe von 400 Millionen für Neubauten zur Verfügung gestellt worden. Für das laufende Jahr könne mit einem noch verstärkten Bauprogramm in Höhe von rund 430 Millionen gerechnet werden.

Der Minister kam dann auf die produktive Erwerbslosenfürsorge zu sprechen, wobei er betonte, daß bisweilen Arbeiten vorgenommen würden, die gerade nicht unbedingt notwendig wären. Künftighin müßten die Objekte der produktiven Erwerbslosenfürsorge viel sorgfältiger geprüft werden, bevor sie in Angriff genommen würden. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen betonte der Minister, daß unbedingt eine

Reform der Erwerbslosenfürsorge

vorgenommen werden müsse, da der Lohnhöhe Rechnung getragen werden müsse. Die heutigen Sätze der Erwerbslosenfürsorge seien so, daß der Wille zur Arbeit fehlen müsse. Das Problem könne nur gelöst werden durch Schaffung einer Reichsausgleichskasse.

Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Beratungen im Reichswirtschaftsrat.

Berlin. Der Wirtschaftspolitische und der Finanzpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hatten unter Hinzuziehung der Mitglieder des Arbeitsausschusses für die Arbeitslosenversicherung eine Aussprache über die wirtschaftspolitische Seite der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Beratung lag folgende Entschließung zugrunde, die vom Arbeitsausschuß für die Arbeitslosenversicherung am 10. Mai einstimmig gefaßt worden war, mit der Maßgabe, sie den vorgenannten beiden Hauptausschüssen zur Beratung zu überweisen:

„Das Arbeitsproblem ist in Anbetracht der ungeheuren Zahl der Arbeitslosen durch die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit allein nicht zu lösen. Es tritt vielmehr, da vorstichtigerweise noch auf lange Zeit hinaus mit einer großen Zahl Arbeitsloser gerechnet werden muß, die

Beschaffung produktiver Arbeit

in den Vordergrund. Diese Arbeit ist in Deutschland vor-

handen. Die Kultivierung ungeheurer Mengen von Dedland für die landwirtschaftliche Erzeugung, die Schaffung von Wohnungen, der Bau von Kanälen und Automobilstraßen, die Aufbarmachung von Wasserkraften für die Elektrizitätsversorgung, die Elektrifizierung der Bahnen, der Bau von Schnellbahnen stellen z. B. Arbeiten dar, die unmittelbar in Angriff genommen werden können. Freilich dürfen diese Arbeiten nicht in der Art der viel zu kostspieligen sogenannten Notstandsarbeiten durchgeführt werden. Aus der großen Zahl der Arbeitslosen lassen sich ohne Schwierigkeiten mehrere hunderttausend für die erwähnten Arbeiten vollgeeignete Arbeitskräfte herausfinden und als normale Arbeiter verwenden.

Die allgemeine, sehr umfangreiche und gründliche Aussprache führte zur einstimmigen

Annahme der nachstehenden Entschließung:

„Die vereinigten Ausschüsse glauben, daß es bei all den in Frage kommenden Arbeitsbeschaffungen einer genaueren Prüfung bedarf, wie es um die wirtschaftspolitischen Wirkungen, die Finanzierung und die Ertragsmöglichkeit der einzelnen Projekte steht. Die vereinigten Ausschüsse haben zu diesem Zweck einen Arbeitsausschuß eingesetzt und ersuchen die Reichsregierung, mit diesem Ausschuß die hier in Frage kommenden Angelegenheiten zu beraten.“

Der Reichskanzler über Aufwertung und französische Befragung.

Eine Rede in Cleve.

Köln. Reichskanzler Marx hat anlässlich einer im Kreisbau zu Cleve mit Vertretern der Bürgerschaft und der politischen Parteien abgehaltenen Besprechung eine Rede gehalten, in der er zunächst auf die Aufwertung und die jetzigen Bestrebungen zu sprechen kam, die alten Tausendmarkscheine wieder in Kraft zu setzen.

Dr. Marx erklärte zur Aufwertung der Tausendmarkscheine, es seien nach dem Ausweis noch 126 Milliarden in Tausendmarksheinen nicht an die Reichsbank zurückgegangen. Wenn nur 20 Milliarden präsentiert würden, sei der Bankrott wieder da.

Der Kanzler erklärte, er sei bekannt als ein Mann, der vielleicht allzu gutmütig sei, aber er habe die ernste Pflicht als Reichskanzler, jedes persönliche Empfinden zurückzustellen und nur daran zu denken, das Volk zu retten. Er habe den Satz ausgesprochen, das deutsche Volk gehe nicht zugrunde, wenn es sich nicht selbst zugrunde richte. Er richte heute nur die eine Bitte aus vollem Herzen und ganzer Ueberzeugung an seine Hörer: „Wirken Sie selbst in Ihrem Kreise dahin, daß die Erkenntnis immer weitere Kreise zieht.“ Ein Wort müsse man sich immer wieder in seiner ganzen Furchtbarkeit vor Augen halten:

„Wenn unsere Währung noch einmal ins Gleiten gerät, dann ist es aus mit dem deutschen Volk, dann gibt es keine Rettung mehr. Darum auch keinen Ruf nach Ertrag und Aufwertung!“

Weil das Deutsche Reich und das deutsche Volk weiterleben wollten, habe man rücksichtslos durchgreifen müssen, auch wenn viele oder die meisten darunter litten.

Der Reichskanzler erklärte, er teile nicht den Optimismus vieler, die an der Stützung des Franc glauben. Man sollte glauben, die französische Regierung habe von uns gelernt. Das Lernen nütze aber nichts, wenn nicht das Gelernte rücksichtslos in die Tat umgesetzt würde. Dies dem französischen Volk zuzumuten, habe noch kein französischer Staatsmann den Mut gehabt.

Wenn es heute in Deutschland noch Leute gebe, die nicht an eine Versöhnung der Völker glauben, so schiebe er die Schuld hauptsächlich den französischen Generälen zu, die da glaubten, sie seien noch im Weltkrieg, die nicht

